

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# **Preußische Akademie der Künste**

**Band:**

**I /**

**116**

**- Anfang -**

Akademie der Künste, Archiv  
Preussische Akademie der Künste

I/M6

Bl. 46

Abschrift!

Verwaltung der Ehem. Staatlichen  
Schlösser und Gärten

Berlin-Charlottenburg, 28.12.1954  
Luisenplatz - Schloss  
Tel. 34 26 84

An die  
Akademie der Künste  
Berlin-Charlottenburg  
Schloss

Betr.: Mietzahlung für Räume im Schloss Charlottenburg  
Besug: Unser Schreiben vom 3.8.1954

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 3.8.1954 teilen wir mit, dass es für das Rechnungsjahr 1954 bei dem in dem Haushaltsplan 1954 eingesetzten Erstattungsbetrage von 960.- DM verbleibt.

Für das Rechnungsjahr 1955 ist dagegen ein Erstattungsbetrag von 1.530.- DM eingesetzt worden.

Im Auftrage

gez. Döhn

- - - - -

Akademie der Künste zu Berlin

J.Nr. 366/54/Ew ✓

Berlin-Chlb. 5, den 10.1.1955  
Luisenplatz - Schloss  
Tel. 34 48 01

Herrn  
Dr. J a n n a s c h - Vbildg V B -

Urschriftlich übersandt.

Im Auftrage



*ab 13.1.55  
E.S.*

M 52

Vbildg V B  
417

Berlin, den 15. Dezember 1954

U r s c h r i f t l i c h mit 2 Anlagen  
Vbildg I A 3

Über Vbildg V 1 - Herrn H a r w a r d t

Betr.: Mietzahlung für die von der Akademie der Künste  
im Schloss Charlottenburg genutzten Räume

Für die von der Akademie der Künste genutzten Räume sind im Haushaltsplan 1954 DM 960.- eingesetzt. Für den Haushalt 1955 ist bei B 3300-220 ein Betrag von DM 1.530 vorgesehen. Eine Änderung der Ansätze im Haushaltsplan, falls sich eine neue Regelung für die Akademie der Künste durch ihre Wiedergründung ergibt, kann erst im Rechnungsjahr 1956 vorgenommen werden. Der Verwaltung der ehem. Staatlichen Schlösser und Gärten müsste eine entsprechende Mitteilung von Ihnen zugeleitet werden.

gez. Dr. F.

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Chlb. 5. den 16. Febr. 1953  
Luisenplatz - Schloss  
Tel. 34 48 01

J.Nr. 59/53/Ew.

An den  
Senator für Volksbildung  
- Haushaltsreferat -  
Berlin-Charlottenburg 9  
Messedamm 4 - 6

Betr.: Mietzahlung

Bezug: Schreiben der Senatsverwaltung für Volksbildung  
Vbildg. I 5 - 1815/39 vom 1.9.50

Wir bitten die Miete für die von der Akademie der Künste  
benutzten Räume im Schloss Charlottenburg für die Zeit vom  
1.4.1952 bis 31.3.1953 in Höhe von

960.- DM

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark  
aus HUA 3370-220 zu Gunsten der Verwaltung der Ehem. Staatli-  
chen Schlösser und Gärten - HUA 3470-211 - zu überweisen.

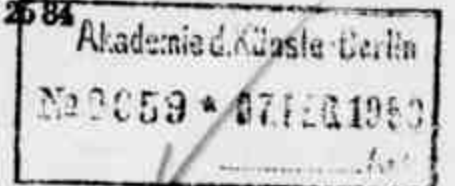
Im Auftrage

M 52

ab 16. II. 53  
Ew.

VERWALTUNG  
DER EHEM. STAATLICHEN  
SCHLOSSER UND GÄRTEN

Berlin-Charlottenburg 5.2.1953  
Schloß l. v. amplatz  
Tel.: 34 25 84



An die  
Akademie der Künste

Für die Nutzung von Diensträumen im Schloss Charlottenburg  
durch die Akademie der Künste sind im Haushaltsjahr 1952  
als Mietpreis

DM 960.-

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark West  
zu erstatten.

Wir bitten, den Betrag zu Gunsten des Haushaltsunterabschnitts  
B 3470, Haushaltsstelle 211, anzuweisen.

Im Auftrage:  
*Cahn*

VERWALTUNG  
DER EHEM. STAATLICHEN  
SCHLÖSSER UND GÄRTEN

Berlin-Charlottenburg, d. 5.2.1953  
Schloß Luisenplatz  
Tel.: 34 26 84

An die  
Akademie der Künste

Für die Nutzung von Diensträumen im Schloss Charlottenburg  
durch die Akademie der Künste sind im Haushaltsjahr 1952  
als Mietpreis

DM 960.-

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark West  
zu erstatten.

Wir bitten, den Betrag zu Gunsten des Haushaltsunterabschnitts  
B 3470, Haushaltsstelle 211, anzuweisen.

Im Auftrage:  
*[Signature]*

Akademie der Künste zu Berlin

J.Nr. 90/52/Ew.

An den  
Senator für Volksbildung  
- Haushaltsreferat -  
Berlin-Charlottenburg 9  
Hessedamm 4 - 6

Betr.: Mietzahlung

Bezug: Schreiben der Abteilung Volksbildung - Vbildg. I 5  
1815/39 vom 1.9.50

Wir bitten die Miete für die von der Akademie der Künste  
benutzten Räume im Schloss Charlottenburg für die Zeit vom  
1.4.1951 bis 31.3.52 in Höhe von

360.- <sup>DM</sup> in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark  
aus HUA 3370-220 zu Gunsten der Verwaltung der Ehemals Staat-  
lichen Schlösser und Gärten - HUA 3470-211 - zu überweisen.

Im Auftrage

*Ew*

Berlin-Chlb. 5, den 29. Februar 1952  
Luisenplatz - Schloss  
Tel. 34 48 01

*ab. 3. III. 52  
Ew.*

1152



VERWALTUNG  
DER EHEM. STAATLICHEN  
SCHLOSSER UND GÄRTEN

Berlin-Charlottenburg, den 29.2.52<sup>8</sup>  
Schloß Luisenplatz  
Tel: 34 26 84

An die  
Akademie der Künste

Für die Nutzung von Diensträumen im Schloss Charlottenburg ist  
im Haushaltsjahr 1951 als Mietpreis DM 960.-

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark

zu erstatten.

Wir bitten, den Betrag zu Gunsten des HUA. B 3470, H.St. 211  
anzuweisen.

Im Auftrage:

*Chen*

VERWALTUNG  
DER EHEM. STAATLICHEN  
SCHLOSSER UND GÄRTEN

Berlin-Charlottenburg, den 29.2.52  
Schloß Luisenplatz  
Tel: 34 26 84

An die  
Akademie der Künste  
-----



Für die Nutzung von Diensträumen im Schloss Charlottenburg ist  
im Haushaltsjahr 1951 als Mietpreis DM 960.-

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark

zu erstatten.

Wir bitten, den Betrag zu Gunsten des HUA. B 3470, H.St. 211  
anzuweisen.

Im Auftrage:

Akademie der Künste zu Berlin

J.Nr. 532/KÜ/Ew.

An die  
Abteilung Volksbildung  
- Haushaltsreferat -  
Berlin-Charlottenburg 9  
Messedamm 4 - 6

Betr.: Mietzahlung

Abschrift umstehenden Schreibens übersenden wir mit der  
Bitte, die Miete für die von der Akademie der Künste be-  
nutzten Räume im Charlottenburger Schloss für die Zeit  
vom 1.4.1950 bis 31.3.1951 in Höhe von

960.- DM

in Worten: Neunhundertsechzig Deutsche Mark  
aus HUA B 3265-200 zu Gunsten der Verwaltung der Ehemals  
Staatlichen Schlösser und Gärten - HUA B 3267-211 - zu  
überweisen.

Im Auftrage

Berlin-Charlottenburg 5  
Luisenplatz - Schloss -  
Tel. 32 92 01  
9. September 1950

1152

Abteilung Volksbildung  
Vbildg I/5 -1815/39-

Berlin-Charlottenburg, den 1.9.1950  
Messedamm 4 - 6 Tel.: 92 02 11/ 353

An die  
Akademie der Künste



Betr.: Mietzahlung für die von Ihnen genutzten Räume im  
Schloss Charlottenburg.

Gemäss § 8 HVO vom 4.9.37 ist für die von Ihnen im Schloss Char-  
lottenburg genutzten Räume der ortsübliche Mietwert zu zahlen.  
Der Mietpreis beträgt im Schloss Charlottenburg 15.-DM pro Quadrat-  
meter / Jahr einschl. Heizung. Die von Ihnen genutzten Räume Nr. 83  
und 84 weisen insgesamt 64 qm auf, so dass die Jahresmiete 960.-DM  
ausmacht, die zu Gunsten des HUA B 3267 - Haushaltsstelle 211 -  
zu erstatten ist.

Da Sie seit Beginn des Rechnungsjahres 1950 in den Räumen des  
Schlosses Charlottenburg untergebracht sind, ist somit für das Rech-  
nungsjahr 1950 der gesamte Betrag baldmöglichst auf das genannte  
Konto einzuzahlen.

Im Auftrage

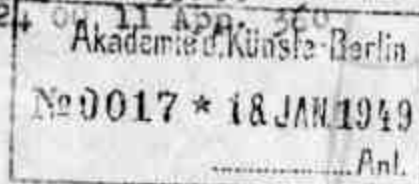
L i n k

Beglaubigt:

Abschrift!

Magistrat von Gross-Berlin  
Finanzabteilung  
- Hauptgrundstücksamt -  
HGrund I - 6404 .

Berlin W 30, den 20. Dezember 1948  
Nürnberger Str. 53/55  
Anruf: 24 00 11, App. 360



An das  
Finanzamt für Liegenschaften,  
Berlin W 15  
Kurfürstendamm 190/192

Betr.: Benutzung ehemaliger Reichs- usw. Grundstücke durch  
Dienststellen der Gebietskörperschaft Gross-Berlin.

Bezug: Ihr Schreiben vom 6./24.11.1948 - A.III B 1 -

Wir sind nunmehr bereit, die Regelung, die wegen der Zahlung eines  
3%igen Verwaltungskostenbeitrages für Grundstücke des britischen  
Sektors getroffen worden ist, vom 1.1.1949 ab auch auf Grundstücke  
des amerikanischen und französischen Sektors anzuwenden. Wir müssen  
dabei aber voraussetzen, dass

- 1.) auch im amerikanischen und französischen Sektor im Gegensatz  
zur bisherigen Übung bei teilgenutzten Grundstücken ebenfalls  
eine Miete nicht erhoben wird, sondern der nutzenden Dienst-  
stelle nur die anteiligen Bewirtschaftungskosten neben dem  
Verwaltungskostenbeitrag in Rechnung gestellt werden,
- 2.) es für alle drei Sektoren bei der bisherigen Abrede bleibt,  
dass der Verwaltungskostenbeitrag die herabgesetzte Miete  
(Anerkennungsgebühr) nicht übersteigen soll, die für Gebäude  
mit sozialen und kulturellen Aufgaben zugestanden wird (z.B.  
bei Krankenhäusern, Altersheimen, Badeanstalten). Wir beziehen  
uns hierzu auf die fernmündliche Zusage Ihres Herrn Rabethge  
vom 29.11.1948.

Den in Frage kommenden Grundstücksämtern und Dienststellen der Haupt-  
verwaltung haben wir Abdruck des Vertragsmusters übersandt. Wir bitten,  
mit diesen wegen der Vertragsabschlüsse in Verbindung zu treten.

gez. Dr. H a a s .

Magistrat von Gross-Berlin  
Finanzabteilung  
- Hauptgrundstücksamt -  
H Grund I - 6 404.

Berlin W 30, den 20. Dezember 1948  
Nürnberger Str. 53/55  
Anruf: 24 00 11, App. 360

An die Bezirksämter - Grund (Tiergarten, Charlottenburg, Spandau,  
Wilmerdorf).

Betr.: Benutzung ehemaliger Reichs- usw. Grundstücke durch Dienst-  
stellen der Gebietskörperschaft Gross-Berlin.

Bezug: HGrund I - 6404 - vom 23.3.1948.

Das im Bezugsschreiben unter d) erwähnte Vertragsmuster liegt in  
seiner endgültigen Fassung jetzt vor. Anbei übersenden wir einen  
Abdruck des Musters zur gefl. Kenntnisnahme.

Das Finanzamt für Liegenschaften ist gebeten worden, sich mit Ihnen  
wegen der Vertragsabschlüsse in Verbindung zu setzen. Wir weisen

b.w.



darauf hin, dass nach den getroffenen Abreden

1. auch bei teilgenutzten Grundstücken allgemein keine Miete erhoben wird, sondern nur die anteiligen Bewirtschaftungskosten (neben dem 3%igen Verwaltungskostenbeitrag) der nutzenden Dienststellen in Rechnung zu stellen sind,
2. Mietrest aus der Zeit vom 1.4.1947 bis 30.6.1948 nicht nachzu-entrichten sind,
3. andererseits durch die nutzenden Dienststellen Erstattungsansprüche wegen der in dieser Zeit gezahlten Mieten nicht zu stellen sind,
4. der Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 3% der ortsüblichen Miete grundsätzlich nicht für einen Zeitraum vor dem 1. Juli 1948 gefordert werden darf;
5. der Verwaltungskostenbeitrag die herabgesetzte Miete (Anerkennungsgebühr), die anstelle der ortsüblichen Miete für Gebäude mit sozialen und kulturellen Aufgaben (z.B. Krankenhäuser, Altersheime, Badeanstalten) zu zahlen wäre, nicht übersteigen soll.

gez. Dr. Haas.

Magistrat von Gross-Berlin  
Finanzabteilung  
-Hauptgrundstücksamt -  
HGrund 1 - 6404.

Berlin W 30, den 20. Dez. 1948  
Nürnberger Str. 53/55  
Abr. 24 00 11, App. 360

An die Bezirksämter Kreuzberg, Wedding, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Neukölln, Reinickendorf.

Betr.: Benützung ehemaliger Reichs- usw. Grundstücke durch Dienststellen der Gebietskörperschaft Gross-Berlin.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung der Verwaltung bei der Benützung ehemaliger Reichs- usw. Grundstücke in den drei westlichen Sektoren durch Dienststellen der Gebietskörperschaft Gross-Berlin haben wir zugestanden, dass in den Fällen, in denen eine Miete nicht erhoben wird, also nur die laufenden Bewirtschaftungs- und Instandsetzungskosten von der nutzenden Dienststelle getragen werden, an das Finanzamt für Liegenschaften ein Verwaltungskostenbeitrag von 3% der ortsüblichen Miete zu zahlen ist. Für den amerikanischen und französischen Sektor gilt diese Regelung vom 1.1.1949 ab.

- Die Vereinbarung sieht ausserdem vor, dass
1. im Gegensatz zur bisherigen Übung auch bei teilgenutzten Grundstücken allgemein keine Miete zu zahlen ist, sondern vom Finanzamt für Liegenschaften nur die anteiligen Bewirtschaftungskosten (neben dem Verwaltungskostenbeitrag) in Rechnung gestellt werden,
  2. der Verwaltungskostenbeitrag die herabgesetzte Miete (Anerkennungsgebühr), die lediglich für Gebäude mit sozialen und kulturellen Aufgaben (z.B. Krankenhäuser, Altersheime, Badeanstalten) zu zahlen wäre, nicht übersteigen soll.

Mit dem Finanzamt ist ausserdem ein Vertragsmuster abgesprochen worden, von dem wir einen Abdruck zur Kenntnisnahme übersenden.

Wir bitten, bei künftigen Vereinbarungen mit dem Finanzamt für Liegenschaften die obige Regelung zu berücksichtigen.

gez. Dr. Haas.

Vertrag

Zwischen dem - von der Militärregierung des Berliner Bezirks für die Verwaltung des ehemaligen Reichs- und Staatsbesitzes rechtmässig ernannten und bevollmächtigten Treuhänder, Herrn Regierungsrat Albert Rabetge, Berlin W 15, Kurfürstendamm 190/192, dem Leiter der Abwicklungsstelle der Wehrmachtgrundstücke im britischen Sektor zu Berlin, Herrn Regierungsrat Albert Rabetge, Berlin W 15, Kurfürstendamm 190/192, -

und

wird mit Ermächtigung - vorbehaltlich der Genehmigung - der Militärregierung folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1

Der obenbezeichneten Dienststelle der Gebietskörperschaft Gross-Berlin wird das - von dem - nachstehend bezeichnete(n) Grundstück

mietweise überlassen. Die beigelegte Skizze ist Bestandteil dieses Vertrages. In dem Grundstück befindet sich das in der Anlage 1 näherbezeichnete Reichs- bzw. staats eigene Inventar.

§ 2

Die Überlassung erfolgt zum Zwecke der Unterbringung folgender Dienststellen des Magistrats:

§ 3

Die Übergabe des Grundstücks ist bereits mit Wirkung vom erfolgt - erfolgt mit Wirkung vom

Das Grundstück wird nur in dem Umfange überlassen, in welchem es von dem Uebernehmenden selbst genutzt wird, sei es für den Dienstbetrieb oder zur Unterbringung von Dienstangehörigen des Uebernehmenden. Eine Untervermietung an Betriebsfremde zu gewerblichen oder Wohnzwecken ist nicht gestattet.

Falls Teile des überlassenen Grundstücks oder das ganze Grundstück von dem Uebernehmenden nicht mehr genutzt werden sollte, ist dem Uebergebenden sofort Mitteilung zu machen, damit eine Vermietung der fraglichen Räume durch den Uebergebenden erfolgen kann.

Die Überlassung erfolgt mit dem Vorbehalt, jederzeitigen Widerrufs. Der Uebergebende wird in einem etwaigen Widerrufsfall im Rahmen der ihm gegebenen Befugnisse den Uebernehmenden eine angemessene Frist zur Räumung des Grundstücks setzen.

Im Falle des Widerrufs erstreckt sich derselbe auf die gesamten Bestimmungen dieses Vertrages.



Hinsichtlich der vom Uebernehmenden aufgewendeten Kosten der baulichen Instandsetzungen wird, soweit diese durch die ersparte Miete nicht als abgegolten angesehen werden können, unter Gegenüberstellung der Instandsetzungskosten und der ersparten Mietzinsbeträge für alle in den westlichen Sektoren vom Magistrat gemieteten Reichs- und Staatsgrundstücke zu gegebener Zeit eine Gesamtverrechnung stattfinden.

§ 4

Mit Genehmigung der Militärregierung wird für die Benutzung des Grundstücks und der Baulichkeiten ein Mietzins von dem Uebernehmenden vom 1. Juli 1948 ab bis auf weiteres nicht erhoben.

Ausschliesslich zu Lasten des Uebernehmenden gehen während der gesamten Nutzungsdauer:

- a) die Kosten aller Instandsetzungen, die der Uebernehmende für erforderlich gehalten hat bzw. in Zukunft für erforderlich halten wird,
- b) die Kosten der baulichen Instandhaltung sowie die Erhaltung und Ergänzung des übergebenen staatlichen Inventars,
- c) die Zahlung aller öffentlichen Lasten und Abgaben,
- d) die Zahlung aller Verbraucherabgaben und aller sonstigen Bewirtschaftungskosten
- e) die Zahlung der Zinsen und sonstigen wiederkehrenden Leistungen der auf dem Grundstück etwa bisher ruhenden dinglichen Lasten.

Der Uebernehmende zahlt an den Uebergebenden einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 3% des festgestellten Mietwertes. Die Zahlungen sind vierteljährlich im voraus an die Kasse des Finanzamts für Liegenschaften von Gross-Berlin, Berlin W 15, Schlüterstr. 46 oder auf deren Konto beim Postscheckamt West - Berlin Nr. 700 - der Abwicklungsstelle der Wehrmachtsgrundstücke im britischen Sektor zu Berlin, Berlin W 15, Kurfürstendamm 190/192 - zu entrichten. Eine Aufrechnung mit Gegenforderungen irgendwelcher Art gegenüber dem Verwaltungskostenbeitrag wird hiermit ausdrücklich ausgeschlossen.

Auf die Zahlung etwaiger rückständiger Mietzinsbeträge aus der Zeit vor dem 1. Juli 1948 wird seitens des Ueberlassenden verzichtet. Der Uebernehmende erklärt, dass er seinerseits wegen etwaiger in der Zeit bis zum 30.6.1948 gezahlter Mietzinsbeträge keine Erstattungsansprüche geltend machen will.

§ 5

1. Der überlassene Gegenstand wird von dem Uebernehmenden in dem Zustand übernommen, in dem er sich zur Zeit der Übernahme befindet. Dieser Zustand ist dem Uebernehmenden bekannt. Eine Gebühr für besondere Beschaffenheit wird nicht geleistet.

2. Der Uebernehmende übernimmt mit dem in § 3 genannten Zeitpunkt die volle Haftung für alle Vorkommnisse auf dem übergebenen Grundstück gegenüber Dritten.



3. Der Uebernehmende verpflichtet sich zur Erfüllung aller polizeilichen Auflagen, die etwa dem Uebergebenden als Verwalter des Grundstücks auferlegt werden. Er verpflichtet sich insbesondere, auf seine Kosten alle etwa polizeiwidrigen Zustände auf dem überlassenen Grundstück unverzüglich zu beseitigen und den Bürgersteig vor dem überlassenen Grundstück sowie etwaige sonstige zu dem oder auf dem Mietgegenstand laufenden Wege den polizeilichen Vorschriften entsprechend instandzuhalten und zu reinigen und bei Schnee und Eis der vorgeschriebenen Streupflicht zu genügen. Der Uebernehmende haftet für alle Schäden und Unfälle, die aus der Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehen.

4. Die Verpflichtungen gemäss Ziffer 2 und 3 erstrecken sich nur auf die aus der Anlage ersichtlichen Grundstücksteile bzw. - hinsichtlich der Schneebeseitigung - auf die dort gekennzeichneten Wege.

#### § 6

1. Der Uebernehmende verpflichtet sich, den Uebergebenden durch eine ausreichende Haftpflichtversicherung, die zugunsten des Uebergebenden abzuschliessen ist, von allen Schadensersatzansprüchen freizuhalten, die von Dritten gegenüber dem Uebergebenden als Verwalter des Mietgegenstandes geltend gemacht werden.

2. Der Uebernehmende hat ferner alle zur Sicherheit des überlassenen Vertragsgegenstandes erforderlichen Massnahmen zu treffen. Er hat den Vertragsgegenstand zugunsten des Uebergebenden in angemessener Höhe gegen Feuergefahr zu versichern.

3. Eine Wiederaufbauverpflichtung des Uebergebenden im Falle eines Brandschadens oder eines durch höhere Gewalt hervorgerufenen Schadens besteht nicht.

4. Der Uebernehmende hat dem Uebergebenden spätestens vier Wochen nach Abschluss dieses Vertrages Mitteilung über den Abschluss der Haftpflicht- und Feuerversicherung zu machen.

#### § 7

Im Falle der Abtretung von Strassenland bei etwaiger Verbreiterung der Strasse kann der Uebernehmende keine Ansprüche auf Zahlung irgend welcher Entschädigung an den Uebergebenden stellen.

Wird durch die Strassenlandabtretung der Mietwert verringert, ermässigt sich entsprechend die Höhe des Verwaltungskostenbeitrages.

#### § 8

Das Uebergebene Inventar ist schonend und pfleglich zu behandeln und muss nach den Regeln einer ordnungsmässigen Wirtschaft von Fall zu Fall ergänzt und ersetzt werden. Es darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Uebergebenden nicht von dem überlassenen Grundstück entfernt werden. Es ist zugunsten des Uebergebenden in angemessener Höhe gegen Diebstahl, Einbruch und Feuer zu versichern. Im Übrigen gilt das zu § 6 Ziffer 4 Gesagte.

#### § 9

1. Neubauten sowie bauliche Veränderungen der vorhandenen Baulichkeiten, die eine Strukturveränderung derselben bedeuten, bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Uebergebenden.

2. Die von dem Uebernehmenden beschafften, nicht mit dem Vertragsgegenstand fest verbundenen Einrichtungen können nach Beendigung des Vertrages von dem Uebernehmenden weggenommen werden, wenn er sich verpflichtet, vor seinem Auszuge den früheren bzw. einen ordnungsmässigen Zustand wiederherzustellen.

§ 10

Dem Uebergabenden steht das Recht zu, sich nach vorheriger Vereinbarung mit dem Uebernehmenden durch seine Beauftragten von dem Zustand des Grundstücks und des Uebergabenen Inventars zu unterrichten.

§ 11

Die Verwaltung des Grundstücks als solche verbleibt bei dem Uebergabenden. Sie erschöpft sich während der Nutzungsdauer in der Entscheidung über alle grundsätzlichen Fragen des Verfügungsrechts sowie in der baulichen Beaufsichtigung des Grundstücks.

§ 12

Ueber alle Streitigkeiten aus diesem Vertrage entscheiden die ordentlichen Gerichte des Ortes, an dem der Uebergabende seinen Sitz hat.

§ 13

Durch diesen Vertrag werden alle bisher bestehenden Vereinbarungen aufgehoben.

§ 14

Dieser Vertrag wird in zwei Ausfertigungen aufgestellt, von denen der Uebergabende die erste Ausfertigung erhält.

Abteilung für Volksbildung  
-Vbildg H 1/W -

Berlin-Charlottenburg 9, den 10.1.1949  
Soersstr. 60 - Tel.: 92 73 71

An die  
Akademie der Künste  
Berlin - Charlottenburg 2  
Hardenbergs tr. 33

Abchrift zur Kenntnis und mit der Bitte, entsprechend zu verfahren.

Im Auftrage:

*Herzmann*



Magistrat von Gross Berlin Berlin, den 23. August 1948  
 Finanzabteilung C. 2, Alsterstr. 64, III  
 Hauptgrundstücksamt Anruf: 51 03 11, App: 146  
 HGrund 2- 6404

Akademie d. Künste Berlin  
 No 9277 \* 14 SEP. 1948  
 Anl.

An die Bezirksämter -Grund- Tiergarten  
 Charlottenburg  
 Spandau  
 Wilmerdorf

Betr.: Benutzung ehemals reichseigener usw. Grundstücke im britischen Sektor durch Dienststellen der Gebietskörperschaft Gross-Berlin

In Auswirkung der Vereinbarung des Finanzkomitees der Alliierten Kommandantur Berlin vom 7.5.48 (vgl. unser Schreiben vom 22.5.48) hat die Britische Militärregierung am 23.7.48 angeordnet, dass für die an Frage kommenden Grundstücke vom 1.7.48 ab eine Miete nicht mehr zu zahlen ist, sondern nur die Bewirtschaftungskosten zuzügl. eines Verwaltungskostenbeitrags zu übernehmen sind. Damit ist -abgesehen von der Verpflichtung zur Zahlung eines Verwaltungskostenbeitrags- der Zustand wiederhergestellt worden, wie er vor Erlass der Anordnung der Britischen Militärregierung vom 1.4.47 bestand.

In einer Besprechung mit dem Finanzamt für Liegenschaften sind einige offengebliebene Fragen geklärt worden.

- a) Auf Rückfrage des Finanzamts für Liegenschaften hat die Britische Militärregierung entschieden, dass auf die Nachforderung rückständiger Miete aus der Zeit vor dem 1.7.48 verzichtet wird. Andererseits besteht hiernach keine Möglichkeit, die in einzelnen Fällen vor diesem Zeitpunkt gezahlten Mietbeträge zurückzufordern. Falls jedoch Überzahlungen für die Zeit nach dem 1.7.48 erfolgt sein sollten, müssen Erstattungsansprüche geltend gemacht werden.
- b) Für vollgenutzte Grundstücke sind keine Mieten mehr, sondern nur die anteiligen Bewirtschaftungskosten neben dem Verwaltungskostenbeitrag zu zahlen. In diesen Fällen verbleibt die Bewirtschaftung des Gesamtgrundstücks notwendigerweise beim Finanzamt für Liegenschaften.
- c) Die Höhe des Verwaltungskostenbeitrags, der an das Finanzamt für Liegenschaften zu zahlen ist, wird mit 3 % der ortsüblichen Miete als angemessen angesehen. Soweit jedoch die Miete mit Rücksicht auf die sozialen oder kulturellen Aufgaben (z.B. bei Krankenhäusern) bisher auf den Satz einer geringen Anerkennungsgeld ermässigt worden ist, darf der Verwaltungskostenbeitrag nur bis zur Höhe dieses Betrages erhoben werden. Da für die Zahlung der Verwaltungskostenbeiträge nur geringe Mittel benötigt werden dürften, wird angenommen, dass dies aus dem laufenden Haushaltsmitteln verfügbar gemacht werden können, so dass es einer besonderen Mittelbeschaffung hierfür nicht bedarf.

d)

MS2



Magistrat von Gross-Berlin

Finanzabteilung  
Hauptgrundstücksamt

HGrund 2-6404

Berlin, den 22. Mai 1948  
C 2, Klosterstr. 64, III  
Anruf: 51 03 11, App:184

An das Finanzamt für Liegenschaften  
Berlin W 15, Kurfürstendamm 190/192

---

Betr.: Vermietung ehemaliger Reichs-, Staats- usw. Grundstücke  
im britischen Sektor an Dienststellen der Gebietskörperschaft  
Gross-Berlin.

Bezug: A III B 3.

Wie bekannt, waren im Haushalt Gross-Berlins ausreichende Mittel zur Zahlung der auf Anweisung der Britischen Militärregierung anstelle der bisher üblichen Übernahme der Bewirtschaftungskosten zu entrichtenden ortsüblichen Miete nicht vorhanden. Es musste daher die Bereitstellung der fehlenden Mittel beim Finanzkomitee der Alliierten Kommandantur Berlin nachgesucht werden.

Das Finanzkomitee der Alliierten Kommandantur hat gemäß Mitteilung vom 8.5.1948 -Fin/I(48)67- in seiner 27.Sitzung am 7.5.1948 vereinbart, dass

die Britische Militärregierung, ähnlich wie die U.S., Französischen und Sowjetischen Behörden, verfahren wird, und zwar insofern, als nur die tatsächlichen Verwaltungs- und Reparaturkosten von diesbezüglichem Eigentum, das durch den Magistrat benutzt wird, zahlbar sind.

In Auswirkung dieser Vereinbarung dürfte zu erwarten sein, dass die Britische Militärregierung demnächst ihre Anordnung vom 1.4.47 -07/ZB/G/GER (PO)- aufheben wird und dass die vor Erlass dieser Verfügung angewandte Regelung rückwirkend wieder anzuwenden ist. Übergangsweise wird für einzelne Fälle vielleicht eine Sonderregelung erforderlich sein. Daneben müsste die Frage der Erstattung bzw. Verrechnung inzwischen gezahlter Mieten geregelt werden.

Für teilgenutzte Grundstücke ist nach dem Wortlaut der obigen Vereinbarung eine Ausnahmeregelung nicht vorgesehen, so dass u.E. auch für sie eine Mietzahlung nicht in Betracht kommt. Ihre Amtsverfügung Nr. 261 also entsprechend abzuändern ist.

Wir erbitten baldmöglichst Ihre Stellungnahme.

Im Auftrage:

G e d e c k

J. Nr. 78/48 102

Betr.: Miete für die von der Akademie  
benutzten Räume Hardenbergstr. 33

Zum Schreiben vom 9. März 1948  
Gesch.-Z. A III B 5

Wir haben davon Kenntnis genommen, dass die Miete  
für die von der Akademie in dem ehemaligen Preussischen  
Staatsgrundstück Hardenbergstr. 33 benutzten Räume auf monat-  
lich 126 RM festgesetzt worden ist. Die Stadthauptkasse ist  
angewiesen worden, den rückständigen Mietbetrag für das Rech-  
nungsjahr 1947 (1. 4. - 31. 3. 47) in Höhe von 1.512 RM an  
Sie zu zahlen. Die Miete für April 1948 ist bereits von uns  
am 15. April entrichtet worden.

An das  
Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin  
Berlin W 15  
Mittelfürstendamm 190-192

Akademie der Künste in Berlin  
Im Auftrag

/ Kieber /

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
19. April 1948

Magistrat von Groß-Berlin

Abteilung für Volksbildung

Amt für Haushaltswesen

- Vbildg H 3/Ho -

Berlin W.8., den 25. März 1948.  
Mauerstr. 53  
Tel. 42 00 18 App. 1778

An die

Akademie der Künste

Berlin - Charlottenburg 2

Hardenbergstr. 33.

Betrifft: Miete.

Das Finanzamt für Liegenschaften von Gross-Berlin hat Ihnen mit Schreiben vom 9.3.1948 mitgeteilt, dass die festgesetzte Miete von monatlich RM 150.-- um 16% zu kürzen ist, solange die von Ihnen genutzten Gebäudeteile grundsteuerfrei bleiben. Die Miete von RM 150.-- ermässigt sich daher auf RM 126.-- monatlich. Dieser Betrag ist ab April 1947 zu zahlen.

Inzwischen hat die Kämmererei durch Verfügung vom 28.2.1948 die Miete in Sollzugang für die Zeit vom 1.4.1947-31.3.1948 in Höhe von RM 1.800.-- bei der Haushaltsstelle 200 bewilligt und zur Bewirtschaftung freigegeben. Eine entsprechende Sollzugangstellung bei der Stadthauptkasse haben wir veranlasst. Wir bitten, Ihren Haushaltsplan entsprechend zu ergänzen. Abschrift der Kämmererverfügung vom 28.2.1948 fügen wir bei.

Wir

M52

Im Auftrage

**SCHILLER-THEATER**  
DER REICHSHAUPTSTADT  
Generalintendant Heinrich George  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, RISMARCKSTRASSE 110  
FERNRUUF 31311 · POSTSCHECK-KONTO BERLIN 52400  
BERLINER STADTBANK GIRONASSE 101, GIRONTO. 10099



A b s c h r i f t

Berlin C.2., den 28.2.1948.  
Jüdenstr.19/19  
Tel. 42 53 11

An die

Abteilung für Volksbildung  
- Amt für Haushaltswesen -

Betrifft: Benutzung ehemals reichseigener und staatlicher, im britischen Sektor gelegener Grundstücke durch städtische Dienststellen.

Bezug: Ihr Schreiben vom 10.11.1947 - Vbildg H 3 -

Wir bewilligen zur Zahlung von Miete (1.4.1947-31.3.1948)  
für die von der Akademie der Künste benutzten Räume den Betrag  
von RM 1.800,-

in Buchstaben: Tausendachthundert Reichsmark  
beim Haushaltsunterabschnitt C 3265/200 - 1947 - .

Der Betrag wird zur Bewirtschaftung freigegeben.

Zum Haushaltsausgleich wollen Sie einen gleichhohen Betrag beim Haushaltsunterabschnitt C 2960 Tit. III,2 a vom Soll in Abgang stellen.

W 511



Wir bitten, wegen der Sollzu- und -abgangstellung  
das Weitere zu veranlassen.

gez. Dr. H a a s

Beglaubigt durch:

gez. Feukert

F. d. R.

*H. Feukert 24.3.48*

BERLIN-CHAHLOTTENBURG 2. DISMARCHSTRASSE 110  
FERNRUUF 315111 - POSTScheck-KONTO BERLIN 55400  
BERLINER STADTBANK GIMHARSE 101. GIMHARTO 10009

**SCHILLER-THEATER**  
DER REICHSHAUPTSTADT  
Generalintendant Heinrich George

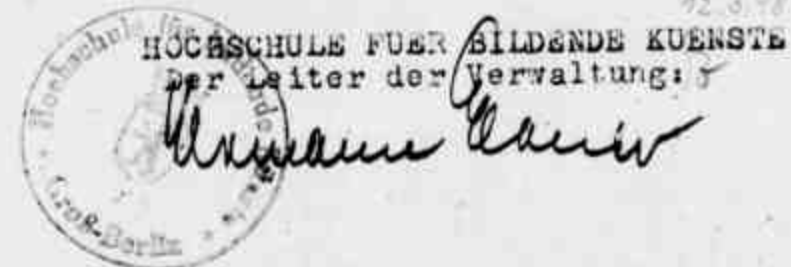


deren Postscheckkonto Berlin Nr. 17559 zu zahlen, sobald der Akademie der Künste die erforderlichen Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Abteilung für Volksbildung beim Magistrat von Groß-Berlin-Amt für Haushaltswesen- haben wir Abschrift dieses Schreibens zugesandt.

Im Auftrage

U. der Akademie der Künste weitergereicht.  
Dieses Schreiben befand sich in einem an uns adressierten Brief.



78 13

Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß-Berlin

Eing.

11. MRZ. 1948

Berlin W 15, den 9. März 1948.

Kurfürstendamm 190/192  
Fernsprecher: 91 02 61

Gesch.-Z.: A III B 5

Zahlungen nur an unsere Kasse oder durch Über-  
weisung auf Postscheckkonto Nr. 175 59 oder  
Girokonto: Bezirksbank Charlottenburg Nr. 112

die Akademie der Künste,

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Bezug: Unser Schreiben vom 17.5. und 11.11.47.

Betr.: Hardenbergstr. 33.

Auf Grund der Ermittlungen unseres Mietsachverständigen wird die ortsübliche angemessene Miete für die von der Akademie der Künste im Hause Hardenbergstr. 33 genutzten Räume von insgesamt 224 qm auf 1800,-- RM jährlich oder 150,-- RM monatlich (ohne Heizung) festgesetzt. Daneben sind die sonstigen anteiligen Bewirtschaftungskosten von der Akademie der Künste zu tragen.

Solange jedoch nach dem bisher geltenden Grundsteuerrecht die vom Magistrat usw. für den öffentlichen Dienst oder Gebrauch genutzten ehem. Reichs- und Preussischen Staatsgrundstücke bzw. Gebäudeteile auch weiterhin grundsteuerfrei bleiben, ist der festgesetzte Mietzins um 16 v.H. zu kürzen. Der Betrag von 150,-- RM ermäßigt sich somit um 24,-- RM auf 126,-- RM monatlich. Dieser Betrag ist vom 1. April 1947 ab anstelle der in unserem Schreiben vom 16.5.1947 genannten Nutzungsentschädigung zu zahlen. Wir bitten, den bereits fälligen Mietzins vom 1. April 1947 ab bis 31. März 1948 und zwar 12 x 126,-- RM = 1512,-- RM an unsere Kasse, Schlüterstr. 46 oder auf deren

MS2

Aktennotiz

J. Nr. 332/47

Berlin 12. Dez. 1947

In der Mietsangelegenheit habe ich am 11. Dezember in dem Finanzamt für Liegenschaften vorgesprochen und mich mit Herrn Pohl über diese Angelegenheit unterhalten. Er meinte, dass die Sache infolge Arbeitsüberlastung des zuständigen Sachbearbeiters nicht so schnell erledigt werden würde, dass aber in Aussicht genommen sei, Herrn Bartsch zur Besichtigung der Räume hierher zu schicken. Ich habe Herrn Pohl eingehend darauf aufmerksam gemacht, dass als Mietsminderung das Fehlen von Heizung, Licht und Toilette in den Vordergrund gerückt werden müsse. Dazu komme noch - wie sich bei dem letzten grossen Regen herausgestellt hat - dass das Dach nicht dicht ist und infolgedessen in beiden Räumen Wassereinbrüche stattgefunden haben. Herr Pohl wies immer wieder darauf hin, dass bei der örtlichen Lage des Gebäudes mit hohen Preisen für den qm gerechnet werden müsse. Er nannte mit qm-Preise von ca. 200 RM, die in staats eigenen Gebäuden am Kurfürstendamm verlangt wurden. Er glaubte aber nicht, dass für uns die künftig zu zahlende Miete die jetzt in Ansatz gebrachte Nutzungsentschädigung übersteigen würde.

12/14

MS2

Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß-Berlin

Gesch.-Z.: A III B 5

Postcheckkonto Nr. 175 59  
Girokonto: Bezirksbank Charlottenburg-Nr. 112

Berlin W 15, den 1. Dezember 1947  
Kurfürstendamm 190/192  
Fernsprecher: 91 02 61

an  
die Akademie der Künste,  
Berlin-Charlottenburg

Bezug: Unser Schreiben vom 11. November 1947, Hardenbergstr. 33  
A III/B 5.

Betr.: Benutzung reichseigener und staatlicher Grundstücke  
durch städtische Dienststellen.

Auf unser Schreiben vom 11. November 1947 sind wir bisher ohne  
Nachricht geblieben. Wir erlauben uns daher, an die Erledigung unseres  
Schreibens zu erinnern.

Im Auftrage

1. 12. 1947 um 11. 41. 24  
ist fertig bearbeitet.  
L. Joh. Berlin, 1. 12. 1947

1152

Kurfürstendamm 190-192 Tel. 9102 61

Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß-Berlin  
Berlin W 15



(1) Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

An:  
die Akademie der Künste,



J. Nr. 300/47

Betr. Benutzung reicheigener und  
staatlicher Grundstücke durch  
städtische Dienststellen

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. Dezember 1947

Auf das Schreiben vom 11. November 1947 - A III B 5 -  
teilen wir mit, dass die Bereitstellung der Mittel für die Zahlung  
der Nutzungsentschädigung für die von der Akademie benutzten Räume  
von 150 RM monatlich bei dem Magistrat von Gross-Berlin, Abteilung  
für Volksbildung, Amt für Haushaltswesen beantragt worden ist.  
Abschrift Ihres Schreibens ist dem Amt für Haushaltswesen von dem  
Unterszeichneten persönlich vorgelegt worden und ihm die Zusicherung  
gemacht worden, dass die Zahlung erfolgen wird.

Wegen Abschluss eines Mietvertrages wird der unter-

das  
Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin  
Berlin W 15  
Kurfürstendamm 190/192



zeichnete Dienststellenleiter im Laufe der nächsten Woche dort  
voraprechen.

Akademie der Künste zu Berlin

Im Auftrage

1947  
Zusammenstellung  
Gruppe 0  
Gruppe 1  
Gruppe 2  
Gruppe 3  
RM 100.--  
RM 100.--

1948  
Zusammenstellung  
Gruppe 0  
Gruppe 1  
Gruppe 2  
Gruppe 3

## Finanzamt für Liegenschaften von Groß-Berlin

Berlin W 15, den 11. November 1947  
Kurfürstendamm 190/192  
Fernsprecher: 910261

Gesch.-Z.: A III B 5 -

Postcheckkonto Nr. 175 59  
Girokonto: Bezirksbank Charlottenburg Nr. 112

An die Akademie der Künste

Berlin-Charlottenburg,  
Hardenbergstr. 33

Bezug: Unsere Schreiben vom 17.5. und 25.6.47 - A III/ B 5-.  
Betr: Benutzung reicheigener u. staatl. Grundstücke durch  
städtische Dienststellen.  
Hier: Hardenbergstr. 33.

Die britische Militärregierung hat ihr Befremden darüber ausgedrückt, daß hinsichtlich der von den städtischen Dienststellen des Magistrats, Instituten usw. genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke noch keine Miete gezahlt worden ist. Das Hauptgrundstücksamt hat bereits mit Schreiben vom 11. Juni 47 (HGrund 2-6404) mitgeteilt, daß die Bereitstellung der Mittel in die Wege geleitet worden sei. Ein Antrag der Finanzabteilung des Magistrats von Groß-Berlin, es bei der früheren Regelung (Eigenbewirtschaftung durch die Dienststellen) zu belassen, ist durch eine Entscheidung der Militärregierung vom 11. August 1947 abgelehnt worden. Es wird deshalb gebeten, die in unserem Schreiben vom 25.6.47 festgesetzte vorläufige Nutzungsentschädigung von 150,-- RM monatlich für die Zeit vom 1.4.-30.11.47 mit insgesamt 1.200,-- RM baldmöglichst an unsere Kasse Berlin W 15, Schlüterstr. 46 zu zahlen.

MS2

Es

Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die britische Militärregierung in der Nichtzahlung des Mietzinses bzw. der Nutzungsentschädigung die Verweigerung der Ausführung einer Anordnung der Militärregierung erblicken würde.

Die britische Militärregierung hat außerdem angeordnet, daß Mietverträge über die vom Magistrat genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke abgeschlossen und unverzüglich alle Vorbereitungen getroffen werden, um Vertragsabschlüsse zu tätigen. Es wird deshalb gebeten, bereits in den nächsten Tagen einen bevollmächtigten Vertreter zu uns zu entsenden, mit dem über den abzuschließenden Vertrag Rücksprache genommen werden kann und Einzelheiten festgelegt werden können.

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten: J. 15.11.47]*

Abschrift!

Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin

Gesch.-Z. A III B 5

Berlin W 15, den 11. November 47

An die Akademie der Künste

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Bezug: Unsere Schreiben vom 17.5. und 25.6.47 - A III/ B 5 -  
Betr.: Benutzung reicheigener u. staatl. Grundstücke durch  
städtische Dienststellen.

Hier: Hardenbergstr. 33

Die britische Militärregierung hat ihr Befremden darüber ausgedrückt, dass hinsichtlich der von den städtischen Dienststellen des Magistrats, Instituten usw. genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke noch keine Miete gezahlt worden ist. Das Hauptgrundstückamt hat bereits mit Schreiben vom 11. Juni 47 (HGrund 2-6404) mitgeteilt, dass die Bereitstellung der Mittel in die Wege geleitet worden sei. Ein Antrag der Finanzabteilung des Magistrats von Gross-Berlin, es bei der früheren Regelung (Eigenbewirtschaftung durch die Dienststellen) zu belassen, ist durch eine Entscheidung der Militärregierung vom 11. August 1947 abgelehnt worden. Es wird deshalb gebeten, die in unserem Schreiben vom 25.6.47 festgesetzte vorläufige Nutzungsentschädigung von 150.-- RM monatlich für die Zeit vom 1.4.-30.11.47 mit insgesamt 1.200 RM baldmöglichst an unsere Kasse Berlin W 15, Schlüterstr. 46 zu zahlen.

Es

Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die britische Militärregierung in der Nichtzahlung des Mietsinnes bzw. der Nutzungsentschädigung die Verweigerung der Ausführung einer Anordnung der Militärregierung erblicken würde.

Die britische Militärregierung hat ausserdem angeordnet, dass Mietverträge über die vom Magistrat genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke abgeschlossen und unverzüglich alle Vorbereitungen getroffen werden, um Vertragsabschlüsse zu tätigen. Es wird deshalb gebeten, bereits in den nächsten Tagen einen bevollmächtigten Vertreter zu uns zu entsenden, mit dem über den abzuschliessenden Vertrag Rücksprache genommen werden kann und Einzelheiten festgelegt werden können.

Im Auftrage  
ges. Unterschrift

Abschrift!

Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin

Gesch.-Z. A III B 5

Berlin W 15, den 11. November 47

An die Akademie der Künste

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Bezug: Unsere Schreiben vom 17.5. und 25.6.47 - A III/ B 5 -  
Betr.: Benutzung reichseigener u. staatl. Grundstücke durch städtische Dienststellen.

Hier: Hardenbergstr. 33

Die britische Militärregierung hat ihr Befremden darüber ausgedrückt, dass hinsichtlich der von den städtischen Dienststellen des Magistrats, Instituten usw. genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke noch keine Miete gezahlt worden ist. Das Hauptgrundstücksamt hat bereits mit Schreiben vom 11. Juni 47 (HGrund 2-6404) mitgeteilt, dass die Bereitstellung der Mittel in die Wege geleitet worden sei. Ein Antrag der Finanzabteilung des Magistrats von Gross-Berlin, es bei der früheren Regelung (Eigenbewirtschaftung durch die Dienststellen) zu belassen, ist durch eine Entscheidung der Militärregierung vom 11. August 1947 abgelehnt worden. Es wird deshalb gebeten, die in unserem Schreiben vom 25.6.47 festgesetzte vorläufige Nutzungsentschädigung von 150.-- RM monatlich für die Zeit vom 1.4.-30.11.47 mit insgesamt 1.200 RM baldmöglichst an unsere Kasse Berlin W 15, Schlüterstr. 46 zu zahlen.

Es



Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die britische Militärregierung in der Nichtzahlung des Mietzinses bzw. der Nutzungsentschädigung die Verweigerung der Ausführung einer Anordnung der Militärregierung erblicken würde.

Die britische Militärregierung hat ausserdem angeordnet, dass Mietverträge über die vom Magistrat genutzten Reichs- und Staatsgrundstücke abgeschlossen und unverzüglich alle Vorbereitungen getroffen werden, um Vertragsabschlüsse zu tätigen. Es wird deshalb gebeten, bereits in den nächsten Tagen einen bevollmächtigten Vertreter zu uns zu entsenden, mit dem über den abzuschliessenden Vertrag Rücksprache genommen werden kann und Einzelheiten festgelegt werden können.

Im Auftrage

gez. Unterschrift

## Auch der Magistrat muß Miete zahlen

Was wird aus dem früheren Reichs- und Staatseigentum?

Als im Frühjahr 1945 das Nazireich zusammenbrach, waren auch die großen Gebäudekomplexe der Reichs- und Staatsbehörden in Berlin zunächst herrenlos und den Plünderern, die überall auftauchten, preisgegeben. Bald erschienen jedoch Plakate an den Eingängen dieser Gebäude, die sie für beschlagnahmt erklärten. Es war das unbestreitbare Verdienst des „Finanzamtes für Liegenschaften“, daß es auf Grund alliierter Befehle das frühere Reichs- und Staatseigentum in seine Obhut nahm. Große Ruinen, wie z. B. das Reichstagsgebäude, wurden dem direkten Zugriff von Plünderern entzogen, und in einigen, leider nur vereinzelter Fällen, wurden auch Sicherungen gegen den weiteren baulichen Zerfall getroffen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse gefestigt und das normale Leben verlangt sein Recht. Der Aufbauwille Berlins duldet kein „Niemandland“ in seiner Mitte und wo noch einigermaßen verwendbare Räume sind, müssen sie genutzt werden. So sind in das ehemalige OKW-Gebäude in der Bendlerstraße mehrere Baufirmen und kleinere Fabrikationsbetriebe eingezogen. Auf dem Kasernengelände in Moabit haben u. a. Verwaltungsstellen des Bezirks Tiergarten ein vorläufiges Unterkommen gefunden. Auch die z. T. auf staatlichem Gelände errichteten Sportplätze sollen nicht länger der Gesundheitspflege des Volkes entzogen bleiben.

Das Finanzamt für Liegenschaften legt jedoch seit einiger Zeit ein sehr „einnehmendes Wesen“ an den Tag. Vom Bezirk

Charlottenburg wird z. B. darüber geklagt, daß für die Benutzung der Waldbühne auf dem Reichssportfeld nicht weniger als 60 000 RM Pacht gefordert werden, obwohl eine Waldbühne sicher kein Erwerbsunternehmen ist. Das Poststadion, für das der Post-Sportverein früher nur eine Anerkennungsgeld von 100 RM zahlte, soll jetzt 34 000 RM Miete bringen. Und selbst der Magistrat darf, wenn er leerstehende fiskalische Räume für seine Verwaltungszwecke benutzen will, das nicht umsonst tun. In einigen Fällen wurden ihm nicht unerhebliche Mieten aufgebürdet.

Das Finanzamt für Liegenschaften begründet seine Forderungen damit, daß es von den Besatzungsmächten verpflichtet worden sei, das ehemalige Reichs- und Staatseigentum sicherzustellen und möglichst ertragbringend zu nutzen. Merklicher Weise wurden die Mieten jedoch bisher nur im britischen Sektor erhoben, während der Magistrat als Nutznießer solcher Gebäude in den anderen Sektoren nur die tatsächlich entstehenden Kosten zu tragen hat. Im sowjetischen Sektor ist das ehemals fiskalische Eigentum seit einiger Zeit überhaupt der Verwaltung des Finanzamtes für Liegenschaften entzogen worden und der „Deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung sequestrierter und beschlagnahmten Vermögens“ unterstellt.

Wir haben also auch in der Berliner Grundstücksverwaltung einen unglücklichen Dualismus, der nur erhebliche Kosten verursacht und eigentlich niemandem nützt. Die rein rechtliche Sonderstellung des ehemaligen Reichs- und Staatsvermögens kann dabei unberührt

bleiben. Der Magistrat, der auch auf anderen Gebieten treuhänderische Funktionen wahrnimmt, besitzt seit fast 30 Jahren eine eigene Grundstücksverwaltung, die in den 20 Bezirken dezentralisiert ist. Bei der Grundstücksverwaltung heißt es von jeher, daß der Wirt im oder nahe beim Hause sitzen muß, wenn er nach dem Rechten sehen wolle. Für die schwierigen Aufgaben der Gebäudeeinstandsetzung und -unterhaltung können sich die Grundstücksämter in den Bezirken aber der Heiz- und Maschinenämter, der Bauämter usw. bedienen, die oft auf demselben Korridor in den 20 Berliner Rathäusern sitzen.

Das Finanzamt für Liegenschaften dagegen verwaltet ein Milliardenvermögen, das es schon wegen seiner Streuung über das ganze Stadtgebiet nicht übersehen kann. Es wäre deshalb am zweckmäßigsten, die fiskalischen Gebäude den städtischen Grundstücksverwaltungen zu unterstellen, ohne dabei an den alliierten Befehlen Nr. 152 und 124, in denen die Sicherstellung des Reichs- und Staatseigentums verfügt wurde, zu rütteln. Es würde genügen, wenn das Finanzamt für Liegenschaften eine gewisse Kontrolle ausübt, ohne daß es bei jeder einzelnen Entscheidung gehört werden muß.

Der Stadtkämmerer hatte bereits vor Monaten beantragt, das frühere Reichs- und Staatseigentum den Bezirken zu unterstellen, denn schließlich stehen die Gebäude auf Berliner Boden und müssen, wenn sie auch einmal gehören, in jede Art von Planung einbezogen werden. Soll Berlins Aufbau weitergehen, muß auch über diese Frage bald und endgültig entschieden werden. **st.**



## LABORATORIUM FÜR MEDIZINISCH DIAGNOSTISCHE UNTERSUCHUNGEN

Dr. Georg Bernhardt  
EHEM. VORSTAND DER  
BAKT.-PHYSIOL. ABT. DES  
KRANKENHAUSES AM  
FRIEDRICHSHAIN

DR. RICH. NAT. ET MED.  
A. O. PROFESSOR AN DER  
UNIVERSITÄT

FRIEDRICHSHAIN

POSTSCHECK PROF. MATHIEB BERTIN 40 753

nicht nur, sondern auch

*Polkilocytose:*

Amniocentesis: Megalocytes:

*Polydromasie:*

Normoblasten:

Differenzialfärbung der Leucocyten

Neutrophile polymorphkernige:	große:	Lymphocyten	kleine:
„	stabkernige:		

Jugendformen:

Monotypen:

Eosinophile polymorphkernige: Mastzellen:

Gesamtergebnis:

Hochachtungsvoll

## Abteilung für Volksbildung

Amt für Haushaltswesen  
- Vbildg H 3 -

Berlin W.8., den 14 Oktober 1947.  
Mauerstr. 53.  
Tel. 42 00 18 App. 1778.

An dia

Akademie der Künste

Berlin - Charlottenburg 2

Hardenbergstrasse 33.

Betrifft: Nutzungsentschädigung.

Bezug: Ihr Schreiben vom 2.10.1947.

Mit obigem Schreiben geben Sie an, dass die Nutzungsentschädigung von RM 150.-- monatlich vom Amt für Wohnungswesen als normal angesehen werden kann, da die Mieten in der dortigen Gegend erheblich darüber hinausgehen. Nach unseren hier vorliegenden Unterlagen soll die Nutzungsentschädigung nicht monatlich RM 150.-- sondern RM 250.-- betragen. Da Sie in Ihrem Haushaltsentwurf für 1948 auch nur einen Betrag von RM 150.-- zugrundelegen, bitten wir um Mitteilung, welcher Betrag tatsächlich gefordert und gezahlt werden soll. Bezüglich der Miete bitten wir um Ihren Anruf.

Aus unserer letzten Unterredung mit Herrn K s r b e r entnehmen wir, dass bei Haushaltsstelle 102 - Besondere Geschäftsbedürfnisse - bereits ca. RM 400.-- verauslagt sind. Da der Ansatz der Haushaltsstelle 102 RM 2.000.--, in Haushaltsstelle 101

- Allgemeine Geschäftsbedürfnisse - RM 1.390.-- und in  
Haushaltsstelle 102 - Besondere Geschäftsbedürfnisse -  
RM 610.-- für das Rechnungsjahr 1947 aufgestellt ist, bitten  
wir, sorgfältig darauf zu achten, dass keine Haushaltsüberschrei-  
tung eintritt.

Im Auftrage



**SCHILLER-THEATER**  
DER REICHSHAUPTSTADT  
Generalintendant Heinrich George  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, BISMARCKSTRASSE 110  
FERNRUUF 31011 - POSTCHECK-KONTO BERLIN 55400  
BERLINER STADTBANK GIRONUMMER 101, GIRONUMMER 1000



1947 100 477  
1948 100 477  
1949 100 477

Kapitel 100 für die Jahre 1947-1949

37  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 55  
20. Oktober 1947

*W L M*  
J. Nr. 270/47/K8/Gw

Betrifft: Nutzungsentschädigung

Auf das Schreiben vom 14. d. Mts. erwidere ich, dass das  
Finanzamt für Liegenschaften die Nutzungsentschädigung für die von  
uns benutzten Büroräume auf 150 RM monatlich festgesetzt hat. Ab-  
schrift der Mitteilung des Finanzamtes für Liegenschaften vom 25.  
Juni d. Js. - A III B 5 - füge ich anliegend bei. Eine Mietfest-  
setzung ist bisher von dem Finanzamt für Liegenschaften noch nicht  
vorgenommen worden, aber bei der mit dem Vertreter des Finanzamtes  
für Liegenschaften und einem Vertreter des Bezirksamtes Charlotten-  
burg - Amt für Wohnungswesen, Freistelle für Mieten - gehaltenen  
Besprechung am 8. September in Aussicht gestellt worden. Da die  
Höhe des Mietbetrages nach Ansicht des Vertreters des Finanzamtes  
für Liegenschaften 150 RM monatlich nicht übersteigen wird, habe  
ich in den Entwurf zum Haushaltsplan für 1948 den Betrag von  
1.800 RM eingestellt.

An den  
Registrator von Gross-Berlin  
Abteilung für Volkshilfe  
Amt für Haushaltswesen  
Berlin W. 8  
Hardenbergstr. 55

/ Koster /

MS2

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. Oktober 1947

236  
225  
J. Nr. 257/47/KS/Ew

Getr.: Nutzungsentschädigung

-----

Auf das Schreiben vom 27. Juni d. Js. - Vbildg H 3 - teilen wir mit, dass wir das Bezirksamt Charlottenburg - Wohnungsamt / Preisstelle - um Prüfung der von dem Finanzamt für Liegenschaften für die von der Akademie in der Hochschule für bildende Künste benutzten vier Räume festgesetzten Nutzungsentschädigung gebeten haben. Daraufhin hat am 8. September eine Besichtigung der Räume durch einen Vertreter der Preisstelle für Mieten stattgefunden. Als Ergebnis der Besprechung hat uns das Amt für Wohnungswesen mitgeteilt, dass gegen die vom Finanzamt für Liegenschaften vorläufig geforderte Nutzungsentschädigung von 150 RM monatlich bei einer Fläche von 198 qm in preisrechtlicher Hinsicht keine Einwendungen zu erheben sind, da die Normalsätze für Mieten in dieser Gegend erheblich darüber hinausgehen.

Seit der Benutzung der Räume sind bis Ende März d. Js. keine Bewirtschaftungskosten entstanden. Ebenso sind in diesem Zeitabschnitt keine Mittel für Reparaturen und Instandsetzungen aufgewendet worden.

/ Kürber /

An den

Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Amt für Haushaltswesen  
(1) Berlin W 8  
Mauerstr. 53

1152

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
Geschäftsstelle:

für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Bauvertrag für das Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 13028 —  
Reichswirtschafts-Nr. 9/0000 H/00

Fernsprecher:

Druckwerk:

Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W 8

Postfach-Konto:

Geschäftsstand: Berlin

Kennzeichnung für Sortierung: Auftrag, Versand, Anfertigung, Zahlungen usw.

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Leistung:

Leistungsart:

Rechnungsdatum:

Nach:

Wir liefern ab:

Durch:

Rechnung Nr.

Wegen Nr.:

Rechnung:

Abgangs Nr.:

Abgangs Datum:

Rechnung Nr.:

Mengen:

Wareneinsatzrechnung:

Einzelpreise:

Gebühr:

Bezirksamt Charlottenburg  
von Groß-Berlin  
Amt für Wohnungswesen  
Preisstelle für Mieten  
Wohn/Miet. - Wo.  
Fernruf: S2 05 41 Hausanschluss 228

Bln.-Charlottenburg, den 11. Sept. 1947  
Witalienstr. 45, Zimmer 219

236

Betr.: Dort. Schreiben vom 29.7.47 - J.Nr. 156/47/KB/Ew.

Gegen die vom Finanzamt für Liegenschaften vorläufig  
geforderte Nutzungsentschädigung von 150,- RM monatlich  
für die der Akademie der Künste überlassenen Räume im Hause  
Hardenberg-Str. 33 im Umfange von 198 qm sind in preisrecht-  
licher Hinsicht keine Einwendungen zu erheben, da die Nor-  
malsätze für Mieten in dieser Gegend erheblich darüber hin-  
ausgehen.

An die  
Akademie der Künste zu Berlin  
Berlin - Charl. 2  
Hardenberg-Str. 33

Im Auftrage  
gez. Körner

Beglaubigt:



*[Handwritten signature]*

M52

Magistrat von Groß-Berlin

Abteilung für Volksbildung

Amt für Haushaltswesen

- Vbildg H 3 -

Berlin W.8., den 14 September 1947.  
Mauerstr. 53.  
Tel. 42 00 18 App. 1778

An die

Akademie der Künste

250

Berlin-Charlottenburg 2

Hardenbergstrasse 33.

**Betrifft:** Mietzahlung für die Benutzung ehemaliger reichs-eigener und staatlicher Grundstücke durch Gross-Berliner-Dienststellen.

Umgeitig geben wir Ihnen Abschrift einer Verfügung der Finanzabteilung - Hauptgrundstücksamt - . Wir bitten, voreorglich im Haushaltsentwurf für 1948 die vom Finanzamt für Liegenschaften geforderten Nutzungsentschädigungen einzusetzen.

Im Auftrage

1. In der Verfügung vom 14.9.47  
ist eine Höhepunkt festgelegt  
von der jetzt angefordert.  
2. Z.B. Berlin, 14. Okt. 1947

*[Handwritten signature]*

M 52



A b s c h r i f t von Abschrift

Finanzabteilung  
- Hauptgrundstücksamt -  
HGrund. 2 - 6404

Berlin O.2., den 12. September 1947  
Klosterstr. 64 III. Stock  
Anruf 51 51 96 App. 184

Betrifft: Mietzahlung für die Benutzung ehemaliger reichs-  
eigener und staatlicher Grundstücke durch Gross-  
Berliner-Dienststellen.

Bezug: Ihr Schreiben vom 5.9.1947 - Vbildg H 1 - Ha/Sch.

Die Britische Militärregierung hat unseren Antrag vom 15.7.47,  
es bei der früheren Regelung der Übernahme der Grundstücke zur Eigen-  
bewirtschaftung zu belassen, abgelehnt. Lediglich für Grundstücke der  
Justiz- und Strafvollzugsbehörden wurde durch besondere Entscheidung  
der Britischen Militärregierung eine Ausnahmeregelung zugelassen. Wir  
werden bemüht bleiben, eine Erweiterung dieser Ausnahmeregelung zu  
erwirken.

BERLIN-CHARLOTTENBURG · BISMARCKSTRASSE 10  
FERNRUUF 2111 · POSTSCHREIBKONTO BERLIN 25400  
0001 01000101 101 25500010 MNVLOVIS MENIEN  
HEINER STADTBAU GEMASS 101 GIMOKTO 1000

I. A.  
gez. Unterschrift

Generalintendant Heinrich George  
DEN REICHSHAUPTSTADT  
SCHILLER-THEATER



F. d. O.

*H. P. Hansen*

Durchschrift

225

35

Gross-Berlin  
Bezirksamt Charlottenburg  
- Amt für Wohnungswesen -  
Preisstelle für Mieten  
Wohn/Miet

Berlin-Charl., den 29. Aug. 1947  
Witzleben-Str. 4/5, Zimmer 219  
Tel: 32 05 41. App. 228

~~XXXXXXXXXX~~ Die Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlbg., Hardenberg-Str. Nr. 33

hat bei uns die Fortsetzung der Mietminderung beantragt. Hieran  
ist die Anhörung beider Parteien erforderlich. Wir bitten Sie  
daher, zu der

am Montag, dem 8. Sept. 47, um 2.30 Uhr,  
stattfindenden Ortbesichtigung zu erscheinen oder einen bevoll-  
mächtigten Vertreter zu entsenden.

An  
Finanzamt für Liegenschaften  
Berlin W. 15  
Kurfürstendamm 190-192

Im auftrage

An  
Akademie der Künste zu Berlin  
Berlin-Charl. 2  
Hardenberg-Str. 33  
mit der Bitte um Kenntnissnahme.  
(Ihr Schrb.v.29.7.47 J.Nr.166/47/  
Kö/Ew).

MS2

Aktennotiz!

J. Nr. 280/47

Berlin, den 9. September 1947

Am 8. September wurden von einem Vertreter des Amtes für Wohnungswesen - Preisstelle für Mieten - und einem Vertreter des Finanzamtes für Liegenschaften die Büroräume der Akademie zwecks Festsetzung einer Nutzungsentschädigung besichtigt. Die Nutzungsentschädigung wurde auf 150 RM monatlich bemessen. Der Vertreter des Wohnungsamtes erklärte sich mit diesem Betrage einverstanden und bemerkte noch, dass in dieser Gegend weit höhere Nutzungsentschädigungen bzw. Mieten gezahlt würden. Der Vertreter des Finanzamtes für Liegenschaften erklärte sich bereit, sich um die Festsetzung einer Miete zu bemühen, glaubt aber, dass dies bei Lage der Dinge nicht so bald geschehen werde. Der Grund dafür wäre die Stellungnahme des Magistrats von Gross-Berlin, der sich wegen Zahlung der Mieten an die Britische Militärregierung gewandt habe in dem Sinne, dass es doch überflüssig wäre von jetzt magistratseigenen Gebäuden von den Benutzern ( Magistratsdiensstellen ) Mieten zu verlangen. Die Entscheidung der Britischen Militärregierung müsse abgewartet werden. Sollte sie negativ sein, müsste dann eine Miete festgesetzt werden.

V. Müller

Magistrat von Groß-Berlin

Finanzabteilung

Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß-Berlin

Gesch.-Z.: A III B 5

Postscheckkonto: Berlin Nr. 175 59

Girokonto Bezirksbank Charlottenburg Nr. 112

Zur Thronen Schuln. v. 27. 6. 47 F. 146/47/Ko/EN.

Betr.: Minderwiese am Grundstück Hardenbergstr. 33.

Berlin W 15, den 25. Juni 1947

Kurfürstendamm 190/192

Fernsprecher: 91 02 61

An

157  
die Akademie der Künste,

Berlin-Charlottenburg 2

Hardenbergstr. 33.

Wir sind damit einverstanden, daß Sie vom 1. April 1947 ab vorläufig eine Nutzungsentschädigung von monatlich 150,-- RM (statt 250,-- RM) an uns zahlen. Diese Nutzungsentschädigung ist auf die noch festzusetzende ortsübliche Miete anzurechnen. Wir werden sobald als möglich den wirklichen Mietwert ermitteln lassen und Ihnen dann mitteilen.

Im Auftrage

1. Für die Befreiung der Räume  
auf die wir nicht mehr voll 100%  
Mietbefreiung für die Räume der Akademie  
nicht geltend machen können.

1. Karl. Joh. Fuchs, 1. u. 2. Hofstr. 12/12

M 52

GSID. 25/47 (5000)



Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß-Berlin  
Berlin W 15  
Kurfürstendamm 180-182 Tel. 9102 W



An  
die Akademie der Künste,  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33



J. Nr. 166/47/K8/Ew

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. Juli 1947

Das Finanzamt für Liegenschaften hat aufgrund der Anordnung der Britischen Militärbehörden vom 1. April 1947 die Zahlung von ortsüblichen Mieten an Stelle der Übernahme der Selbstbewirtschaftungskosten von allen Nutznießern ehemaliger fiskalischer Gebäude gefordert. Die Akademie der Künste benutzt in dem Gebäude der früheren staatlichen akademischen Hochschule für die bildenden Künste 4 Räume als Büro bzw. Lagerräume für Akten usw. Die Forderung des Finanzamtes auf Nutzungsentschädigung betrug zuerst 250 RM monatlich; dieser Betrag ist aber auf schriftliche und mündliche Vorstellung bis zur Festsetzung einer ordnungsmässigen Miete auf 150 RM monatlich herabgesetzt worden. Abschrift des Schreibens des Finanzamtes für Liegenschaften vom 25. Juni - Gesch.Z. A III B 5 ist zur gefälligen Kenntnissnahme beigelegt. Die Maße der Räume sind folgende:

Raum 1	3 : 12 m
Raum 2	8 : 12 m
Raum 3	6 : 8 m
Raum 4	3 : 6 m

Für die Instandsetzung der Räume sind Mittel der öffentlichen Hand nicht aufgewendet worden, da die Benutzbarmachung durch eigenes Material und Personal erfolgt ist.

Wir bitten um gefällige Besichtigung der Räume und um Abgabe eines Gutachtens über die als ortsüblich aussehende bzw. angemessene Nutzungsentschädigung. Wegen Besichtigung bitte ich um vorherige Verständigung, da ich als Dienststellenleiter vielfach ausserhalb des Gebäudes beschäftigt bin.

Akademie der Künste zu Berlin

Dienststellenleiter  
Hauptsachbearbeiter

An das  
Bezirksamt Charlottenburg  
Wohnungsamt  
Freisstelle  
Berlin-Charlottenburg 5  
Witzlebenstrasse

M 52

# MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN

ABTEILUNG FÜR VOLKSBIIDUNG  
- Amt für Haushaltswesen -

Anschrift: Magistrat von Groß-Berlin / Abteilung für Volksbildung  
(1) Berlin WB, Mauerstraße 53 (Kleisthaus)

An die  
Akademie der Künste  
zu Berlin  
Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

FERNRUF: 42 00 18  
HAUSANSCHLUSS NR. 1778  
ZIMMER NR. 64

Ihr Zeichen: J. Nr. 137/47/Kö/Ew  
Ihre Nachricht vom: 14. Juni 47

Unser Zeichen: Vbildg H 3  
Tag: 27. Juni 1947

Betrifft: Nutzungsentschädigung.

Die Neuregelung nach welcher das Finanzamt für Liegenschaften auf Grund der Anordnung der Britischen Militärbehörde vom 1.4.1947 die Zahlung ortsüblicher Mieten an Stelle der bisherigen Übernahme der Selbstbewirtschaftungskosten fordert, hat in erheblichem Umfange Zweifelsfragen ausgelöst und zu Verhandlungen über die aus diesem Anlass erforderlichen Massnahmen geführt. Über das Ergebnis werden wir Sie zu gegebener Zeit unterrichten. Einstweilen ist dem Finanzamt mitzuteilen, dass die notwendigen Mittel erst haushaltsmässig beschafft werden müssen. Ferner bitten wir, ein Gutachten der Preisstelle für Mieten über die als ortsüblich und angemessen anzusehende Nutzungsentschädigung sowohl ohne, als auch unter Berücksichtigung der für bauliche Instandsetzung von der Stadt gethabten Aufwendungen einzuholen und ausserdem festzustellen:

- wie hoch die Aufwendung (laufende Bewirtschaftungskosten) sich seit Übernahme des Grundstückes in Eigenbewirtschaftung bis Ende März 1947 beliefen,
- welche Ausgaben ausserdem für Reparaturen, Instandsetzungen usw. im gleichen Zeitabschnitt entstanden sind.

Im Auftrage:

Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens gebeten

ZO 7020 200 000 1.44 Gohlb.Druck C/0037

Stück Vermerkter  
Stück Decke

Wagen Nr. Heimst. Bezeichnung	Abgangs Mit. Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einzelpreis	Betrag
-------------------------------------	-----------------------	-----------	--------	------------------	-------------	--------

Rechnung Nr.

Unser Zeichen: Lieferant: Rechnungsbetrag: Für Abteilung: Nach: Durch: Wir liefern ab:

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Avise, Zahlungen usw.

Postcheck-Konto: Geschäftskonto: Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin WB

Dienstort: Fernsprecher:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H.  
Geschäftsstelle:  
Rechnungs-Nr. 8/0350/5/30  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 - V.P. 12026 -  
Ostgesellschaft gem. Erl. d. Herrn Reichsminister des Großdeutschen Reiches

J. Nr. 151/47/KB/Lw

47  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
25. Juni 1947

Mit Bezug auf unser Schreiben vom 14. Juni - J. Nr. 137/47 - teilen wir mit, dass nach Rücksprache mit dem Finanzamt für Liegenschaften von Gross-Berlin die von diesem geforderte Nutzungsentschädigung für die von der Akademie in dem Gebäude der ehemaligen Hochschule für bildende Kunst Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 33 benutzten Räume von 250 RM auf 150 RM monatlich ab 1. April 1947 herabgesetzt worden ist. Wir haben den Gesamtbetrag der Nutzungsentschädigung für das Rechnungsjahr 1947 in Höhe von 1.800 RM in den neu aufgestellten Haushaltsplan der Akademie aufgenommen.

Im Auftrage  
f

An den

Registrierung von Gross-Berlin  
Abteilung für Volkshochbildung  
Hauptamt Kunst und  
Freizeitgestaltung

Berlin NW 7

Mittelstr. 51/52



Aktennotiz  
J. Nr. 159  
Kö/Ew

Berlin, 24. Juni 1947

Das Finanzamt für Liegenschaften von Gross-Berlin hat für die von der Akademie der Künste in dem Gebäude der ehemaligen akademischen Hochschule für bildende Künste in Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 33 benutzten Räume - ehemaliges Tessenowsches Atelier - auf Anordnung der Britischen Militärregierung bis zur Festsetzung einer Miete eine Nutzungsentschädigung von 250 RM monatlich festgesetzt. Mit Schreiben vom 21. Juni - J.Nr. 146/47/Kö/Ew - habe ich das Finanzamt für Liegenschaften gebeten in Anbetracht der sehr provisorischen Unterkunft eine Herabsetzung der Nutzungsentschädigung zu bewilligen. Ich habe heute den Vorsteher des Finanzamts für Liegenschaften aufgesucht und ihn persönlich unter Darlegung der Sachlage gebeten, die Nutzungsentschädigung auf wenigstens 150 RM pro Monat herabzusetzen. Herr Rabetke erklärte sich hierzu nach Anhörung seines Sachbearbeiters damit einverstanden und stellte in Aussicht, dass ein Beauftragter des Finanzamts demnächst nach vorheriger Verständigung mit mir sich die Räume ~~sich~~ ansehen würde, um dann eine dem Wert der Räume entsprechende Miete festsetzen zu können.

*[Handwritten signature]*

Rechnung Nr.

Wagen Nr. Heimat- Abgabe Bst. Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbeschreibung	Einzelpreise	Betrag
--	-----------	--------	-------------------	--------------	--------

Unser Zeichen: \_\_\_\_\_  
Lieferung: \_\_\_\_\_  
Rechnungsdatum: \_\_\_\_\_  
FÜR Abteilung: \_\_\_\_\_  
Durch: \_\_\_\_\_  
Nach: \_\_\_\_\_

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Aktien, Zahlungen usw.

Postfach-Konto: \_\_\_\_\_  
Bank: Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin W 18

Drahtwort: \_\_\_\_\_  
Fernsprecher: \_\_\_\_\_

Geschäftsstelle:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Ostpreussische gen. Erl. d. Herrn Reichsminister des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 12028 -  
Reichsdruckerei Nr. 9/0250/5/30

(je nach Bedarf ausfüllen)

ZO 7030 200 000 1. 44 Götthel-Druck C/10557

### Centralboden

Berlin NW 7, den  
Unter den Linden 26/30

Heil Hitler!

Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft

**Verkauf:**

[illegible]

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
21. Juni 1947

J. Nr. 146/47/K8/EW

Mit Bezug auf unser Schreiben vom 14. d. Mts. - J. Nr. 115/47/K8/Ew - bitten wir, die von uns geforderte Nutzungsentschädigung von 250 RM für die von uns in dem Gebäude der ehemaligen Staatlichen Hochschule für bildende Künste benutzten Räume einer Nachprüfung zu unterziehen. Wir bemerken, dass die Räume nur provisorisch hergerichtet sind und in Wirklichkeit nur der kleinste Raum als Büroraum ausgenutzt werden kann. Dazu kommt, dass das Dach durch Kriegseinwirkung beschädigt ist und infolgedessen nicht dicht ist. Nach Rücksprache mit der vorgeordneten Magistratsdienststelle - Hauptamt Kunst und Freizeitgestaltung - schlagen wir vor, die Nutzungsentschädigung auf 150 RM monatlich zu bemessen. Da - wie wir in unserem Schreiben vom 14. Juni schon ausgedrückt haben - die Mittel hierfür erst durch den Magistrat zur Verfügung gestellt werden müssen, haben wir Anweisung erhalten für das Haushaltsjahr 1947 einen neuen Haushaltsplan für die Akademie umgehend aufzustellen. Wir wären daher für eine sofortige Entscheidung in dieser Angelegenheit dankbar.

In Auftrage

/ Körber /

An des

Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin

(1) Berlin W 15  
Kurfürstendamm 190/192



J. Nr. 137/47/K8/Ew

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
14. Juni 1947

Das Finanzamt für Liegenschaften von Gross-Berlin hat uns mit dem in Abschrift beigelegten Schreiben vom 16. Mai d. Js. - Gesch.-Z.: A III B 5 - mitgeteilt, dass für die von der Akademie in dem Gebäude der ehemaligen akademischen Hochschule für bildende Künste benutzten Räume auf Anweisung der Britischen Militärregierung, Property Control, vom 1. April d. Js. bis zur Festsetzung einer ortsüblich angemessenen Miete eine Nutzungsentschädigung von 250 RM monatlich erhoben werden muss.

In dem Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1947 ist für Anmietung von Büroräumen für die Akademie kein Betrag vorgesehen, da bei Aufstellung des Entwurfes mit der Erhebung einer Nutzungsentschädigung bzw. Miete durch das Finanzamt für Liegenschaften nicht gerechnet werden konnte. Die Nutzungsentschädigung von 3.000 RM jährlich müsste daher durch die Finanzverwaltung ausserplanmässig bereitgestellt werden.

Wir stellen daher den Antrag der Akademie für das Rechnungsjahr 1947 einen Betrag von 3.000 RM zur Bezahlung der genannten Entschädigung zu bewilligen.

In Auftrag

An den

Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Kunst  
Wirtschaftler  
(1) Berlin W 8  
Mauerstr. 53

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Ostgesellschaft gem. Ent. d. Herrn Reichsaussenminister des Großdeutschen Reiches  
Bauvertrag für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 15038 -  
Melanchthelstr. Nr. 9/1050/5/30

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

Wagen Nr. Haupt- Hilfs- Abgang Nr.	Abgang Nr. Hilfs- Haupt- Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einzelpreis	Preis
Rechnung Nr.						
Unser Zeichen						
Ihr Zeichen						
Rechnungsdatum						
Für Abteilung						
Nach						
Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen						
Kennzeichnung für Buchhaltung, Auftrag, Versand-Akten, Zahlungen, usw.						
Postfach-Kontak						
Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W 8						
Druckort:						
Firma:						

Wagen Nr. Kilomet- bezeichnung	Abgangs Ort, " Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einzelpreis	Betrag
				Stück Vorwärtbrenner		
				Stück Stöcke		

1485

de vortreffl. 24.

0909

1999

## Summary

Für Abtelling

www.cengage.com

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Beantwortung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Drehmomente: Achteck, Dreieck, Viereck, Kreis, Quadrat, Sechseck, Achteck, Dreieck, Viereck, Kreis, Quadrat, Sechseck.

For more information, contact the publisher at 1-800-354-9700 or visit our website at [www.fishbase.org](http://www.fishbase.org).

SAUKI, D. 1999. *Handbook of Fisheries Research*. Berlin & B.

**INDEPENDENT**

Reichsanzeiger Nr. 9/0250/5/30  
Einführung für den Verkehr vom 27. Juli 1931 — V. P. 13028 —  
Gutsbesitzer g.m.b.H. Herr Reichsmittelstand des Großdeutschen Reiches  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**

(uall)ne ppep upu e)

J. Nr. 115/47/K8/Ew

Für die Instandsetzung der Räume sind unsererseits keine besonderen Mittel aufgewendet worden, da die provisorische Herrichtung der Räume durch das Personal der Akademie erfolgt ist.

Im Auftrage

/ Erber /

An den

Finanzamt für Liegenschaften  
von Gross-Berlin

(1) Berlin W 15

Kurfürstendamm 120/192

20 7890 200 000 I. 44 GdHdH/Druck C/10257

Stück Veranlagter  
Stück Veranlagter

Warenbezeichnung	Mengen	Fahrt Nr.	Abgangs Dkt. Datum	Wagen Nr. Heimat- bezeichnung
Einzelpreise				
Betrag				

Rechnung Nr.

Unser Zeichen: \_\_\_\_\_

Lieferung: \_\_\_\_\_

Durch: \_\_\_\_\_

Nach: \_\_\_\_\_

Rechnungsdatum: \_\_\_\_\_

Für Abteilung: \_\_\_\_\_

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Beihilfeschulung, Auftrag, Versand-Artikel, Zahlungen usw.

Postfach-Konto: \_\_\_\_\_

Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin W 8

Druckort: \_\_\_\_\_

Fernsprecher: \_\_\_\_\_

Ab: \_\_\_\_\_

Rechnungs-Nr. 8/0250/5/30

Benutzungsart für den Verleihplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 15038 -

Öffentlichkeit gem. Art. 4. Herrn Reichsausschusses des Großdeutschen Reiches

für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Zentral-Handelsgesellschaft Ost

Geschäftsstelle: \_\_\_\_\_

(je nach Bedarf ausfüllen)

# Magistrat der Stadt Berlin

Finanzamt für Liegenschaften  
von Groß Berlin  
Gesch.-Z.: A III B 5.

Postscheckkonto: Berlin Nr. 175 59  
Girokonto Bezirksbank Charlottenburg Nr. 112

Berlin W 15, den 16. Mai 1947  
Kurfürstendamm 190/192  
Fernsprecher: 9102 61

An  
die Akademie der Künste  
in Berlin-Charlottenburg,  
Hardenbergstraße 33.

**Betrifft:** Grundstücke, die vom Magistrat bzw. solchen Dienststellen genutzt werden, die dem Magistrat etatmäßig angegliedert sind.

Die Britische Militärregierung, Property Control, hat uns unter dem 1. April 1947 -07/ZB/5/Gen (PC)- angewiesen, für Grundstücke und Grundstücksteile, die von dem Magistrat bzw. von Dienststellen, die diesem etatmäßig angegliedert sind, genutzt werden, in allen Fällen eine angemessene Miete festzusetzen und einzuziehen.

Wir sind daher zu unserem Bedauern genötigt, für die von Ihnen genutzten ehemaligen reichseigenen bzw. staatlichen Grundstücke bzw. Grundstücksteile ab 1. April 1947 Miete zu erheben.

Für das Grundstück Hardenbergstraße 33, in dem Sie rund 200 qm Büroräume nutzen, wird die ortsüblich angemessene Miete noch festgesetzt werden. Bis dahin ist eine Nutzungsentschädigung von

250.-- RM monatlich

zur Verrechnung zu zahlen.

Wir bitten, uns die Beträge für April und Mai 1947 möglichst umgehend und die künftig fällig werdenden Beträge jeweils bis zum 10. eines jeden Monats laufend auf unser Postscheckkonto Berlin 175 59 zu überweisen.

Sollen Kosten für große Instandsetzungen, die Sie vor dem 1. April 1947 ausgeführt haben, angerechnet werden, so könnte eine Verrechnung nur mit der Miete für die vergangene Zeit und zwar vom Tage der Benutzung ab erfolgen. In diesem Falle bitten wir, uns die Instandsetzungs- und Bewirtschaftungskosten zu belegen, damit ein Ausgleich herbeigeführt werden kann.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns, nochmals daraufhinzuweisen, daß jede Untervermietung durch Sie nicht gestattet ist.



Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# Preußische Akademie der Künste

**Band:**

**I /**

**116**

**- - Ende - -**